

redend für die Allgemeinheit verwendet. — („So, wie sie heute für die „Allgemeinheit“ auch verwendet werden!“)

Kann aber irgend jemand behaupten, daß durch diesen Staats-Sozialismus (oder Kapitalismus) die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben ist!

In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlen lehrreich, die das Statistische Reichsamt unlängst veröffentlichte über die kommunalen Betriebe — also über Betriebe, die im Parteisinn „sozialisiert“ sind.

Der Reintrag der gesamten Kommunalbetriebe betrug im Rechnungsjahr:

1925/26	344,5 Mill. RM
1928/29	489,9 Mill. RM
1929/30	535 Mill. RM (schätzungsweise)
1930/31	570 Mill. RM (schätzungsweise)

Von dem gesamten Reinüberschuß der Betriebe entfielen 1925/26 bereits 76,7% und 1928/29 sogar 87,9% auf die Versorgungsbetriebe. Allein die Elektrizitäts-Versorgung hatte an den Überschüssen einen Anteil von fast 50%. Ebenfalls die Verkehrs-Betriebe hatten starken Anteil an der Erzielung der Überschüsse.

Die Reinüberschüsse aus den Versorgungsbetrieben sind gestiegen von

149 Millionen Mark im Jahre 1913/14

auf 532 Millionen Mark im Jahre 1930/31

Im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr haben sich die Reinüberschüsse der Elektrizitätswerke verdreifacht. Auch die Elektrizitätswerke, „Versorgungsbetriebe“, „Versorgen“ die Bürokraten und Bonzen. Und beuten die Proletarier doppelt aus: als Lohnarbeiter im Versorgungsbetrieb und als Konsumenten der Ware des Versorgungsbetriebes.

Das ist das Gesicht des Staats-Kapitalismus!

Klassengenosse! Willst du den Sozialismus erkämpfen, dann reihe dich ein in die Räte-Organisation des Spartakusbundes! Und kämpft mit Spartakus für die Diktatur des Proletariats, ausgeübt durch die Räte; die Räte sind den Proletariern verantwortlich und jederzeit abberufbar. So allein und nicht anders kann die Produktion zweckmäßig dem Wohle der Produzenten dienen.

Aus aller Welt

Die folgenden bürgerlichen Meldungen zeigen deutlich, daß die Niederhaltung der aufbegehrenden Schichten durch die herrschende Klasse überall die gleiche ist:

Gestörte Flamen-Kundgebung

Brüssel, 7. Juli. Bei einer Kundgebung der flämischen Nationalisten in Hasselt (Provinz Limburg), an der etwa 10000 Flamen teilnahmen, kam es zu schweren Zusammenstößen mit Mitgliedern der „Légion Nationale“, die gegen die Träger eines Plakates mit der Aufschrift: „Kein Flamenblut mehr für Frankreich!“ Steine und Tränengasbomben warfen. Es entstand ein Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Ortspolizei griff ein und versuchte mit einer Motorfeuerpolizei-Ordnung zu schaffen. Eine Gendarmerie-Abteilung in Stärke von 200 Mann rückte in Hasselt ein.

Indiens „Rothemden“

London, 7. Juli. Die letzten Nachrichten aus dem Pandschab und den indischen Nordwestgrenzgebieten besagen, daß die politischen Unruhen dort nicht zu Ende sind. Im Gegenteil wird übereinstimmend auf die Ausdehnung der sogenannten „Rothemden“-Bewegung hingewiesen, die sich jetzt auch unter den

Khataks ausgebreitet hat, die bisher zu den zuverlässigsten Stämmen Indiens gehörten und deren Angehörige zu den besten Soldaten der indischen Armee gerechnet werden. Die Gebirgsstämme sind zwar von dieser Aufstandsbewegung noch nicht ergriffen worden, jedoch soll die Agitation vor allem nördlich von Peshawar viel stärker geworden sein. Im Pandschab bildeten die landwirtschaftlichen Nöte eine für die Ausbreitung der Unruhen besonders geeignete Grundlage. Immer wieder versuchen kommunistische Elemente, das Wirtschaftsleben für ihre politischen Zwecke auszunutzen. In den Grenzgebieten wird zum Boykott aller Verträge aufgefordert. Die indische Zentralregierung faßt die Lage vorerst nicht unnötig ernst auf. Sie ist entschlossen, ihre Versöhnungspolitik auf der Grundlage des Irwin-Abkommens weiter zu führen.

Die Unruhen in Korea

80 Chinesen getötet, 4000 unter Polizeischutz

Tokio, 7. Juli. In Heijo (früher Pingjang) kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Koreanern und Chinesen. Nach amtlichen Angaben wurden 80 Chinesen, darunter 3 Frauen, getötet, 156 Chinesen und 14 Chinesinnen mußten in Krankenhäuser übergeführt werden, und 4000 Chinesen befanden sich unter dem Schutz der Polizei im Polizeigebäude und in Schulen.

Die Reibereien begannen am letzten Freitag, als eine Anzahl Chinesen koreanische Arbeiter, die bei einem Kanalbau beschäftigt waren, überfielen. Die Koreaner griffen als Rache dafür am Montag die Stadt Heijo an. Außer den Verlusten an Menschenleben wurde hierbei auch großer Sachschaden angerichtet, da die Angreifer die Häuser der Chinesen niederbrannten.

Kurz darauf griffen die Koreaner noch einmal eine Fabrik an, in der mehrere hundert Chinesen Zuluft gesucht hatten. Die Polizei, die das Feuer auf die Koreaner eröffnete, schlug den Angriff ab, tötete einen Koreaner und verletzte eine Anzahl schwer.

Nanking, 7. Juli. Der chinesische Außenminister teilt mit, daß bei den japanischen Regierung wegen der antichinesischen Ausschreitungen in Korea ernsthafte Vorstellungen erhoben worden seien, die die Zusage verlangten, daß sich diese Ereignisse nicht wiederholen würden.

Der Endkampf gegen die türkische Oppositionspresse

Konstantinopel, 8. Juli. Der von der Presse der herrschenden Volkspartei von langer Hand vorbereitete Vorstoß gegen die paar noch übriggebliebenen Oppositionsorgane — den „Yarın“ und „Son Posta“ in Konstantinopel, den „Jeni Asır“ und „Hizmet“ in Smyrna und einige andere Provinzblätter — führte zu einer Interpellation in der Nationalversammlung wegen angeblichen Mißbrauchs der Pressefreiheit durch die Oppositionsblätter und zu der Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung dagegen zu ergreifen gedanke. Wie groß die mehr oder weniger persönlich gefärbte Erbitterung vieler Abgeordneten ist, unter denen sich auch Herausgeber von Blättern der Volkspartei befinden, geht schon daraus hervor, daß ein von fünfzig Abgeordneten unterzeichneter Antrag vorbereitet wurde, der dahin ging, daß die Herausgeber und Chefredakteure der erwähnten Oppositionsblätter einfach aus der Türkei ausgewiesen würden. Was immer die Hintergründe dieser Aktion gewesen sein mögen; jedenfalls ist ihr unmittelbares Resultat nicht so ausgefallen, wie die Einbringer der Interpellation wohl erwartet haben mögen. Vielmehr hat Ismet Pascha Gelegenheit genommen, seine Ansichten über Presseangelegenheiten in einem verhältnismäßig überlaiden und versöhnlichen Sinn auseinanderzusetzen. Indem er sich gegen jegliche Ausnahmeregeln aussprach, wies er darauf hin, daß man nur mit einem guten Pressegesetz den Mißbrauch der Pressefreiheit bekämpfen könne.

Was unter einem derartigen Pressegesetz zu verstehen ist, wird der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf zeigen; denn das jetzt geltende Pressegesetz ist bereits 65 Jahre alt und entspricht natürlich nicht den modernen Anschauungen. Wie verlautet, soll aber das neue Gesetz die Presse noch mehr als bisher administrativen Maßnahmen ausliefern, indem die lokalen Gewalten, die Walis und Kaimakams, das Recht erhalten sollen, Zeitungen zu schließen, welche „die Regierungsgewalt angreifen und die Staatsautorität schwächen.“

Gegensätze bestehen auch in der herrschenden Kapitalisten-Klasse. Gegensätze zwischen den verschiedenen Sondergruppen. Gegensätze, die ihren Ausdruck in den verschiedenen Parteien finden.

Gemeinsam ist aber allen ein Interesse: Erhaltung der bestehenden Ordnung, des Staates, des Privateigentums, der Waren-Wirtschaft.

Der gordische Knoten

Gegensätze bestehen auch in der herrschenden Kapitalisten-Klasse. Gegensätze zwischen den verschiedenen Sondergruppen. Gegensätze, die ihren Ausdruck in den verschiedenen Parteien finden.

Gemeinsam ist aber allen ein Interesse: Erhaltung der bestehenden Ordnung, des Staates, des Privateigentums, der Waren-Wirtschaft.

Diesen verschiedenen Interessen dient die Presse (einschließlich den Zeitungen der „Arbeiter“-Parteien). Gewiß bemängelt man dieses und kritisiert jenes, was dem Sonderinteresse der Gruppen zuwiderläuft, die die Zeitung vertritt.

Allen gemeinsam ist das eine Glaubensbekenntnis: „Heilig, heilig, heilig ist das Privateigentum und der Staat, der dieses schützt!“

Je unhaltbarer das Privateigentum, die Warenwirtschaft infolge des Wachstums der Produktionskräfte wird, — desto schwerer wird die Arbeit der Zeitungs-Lohnschreiber.

Tag für Tag muß man beweisen: die Waren- und Profitwirtschaft ist die beste und einzig mögliche Wirtschaftsordnung. Wo doch in dieser wunderbaren „Ordnung“ Lebensmittel vernichtet werden müssen, weil Millionen Proletarier sie nicht kaufen können und deshalb verhungern müssen.

Wo Wohnungsnot herrscht, weil 70% der Bauarbeiter keine Arbeit bekommen können.

Beruhigende Meldungen, wie „Abflauen der Weltwirtschaftskrise“ oder „Höhepunkt der Krise überschritten“ werden übertönt durch die brutale Sprache der nüchternen Zahlen und Tatsachen. Diese zeigen ein ständiges Wachsen des unverkündlichen Waren-Berges und der Arbeitslosen.

Jahrelang foppte man die Leser mit den sogenannten Welt-Konferenzen. Bis auch der Dummste merkte, daß es sich hiermit so verhält, wie mit den Schaubuden auf dem Jahrmarkt: vor der Aufführung wird draußen von dem Ansrufer mehr gezeigt, als drinnen in der Bude die Aufführungen bringen.

Neuerdings fand man endlich einen neuen Schläger: Hoovers Vorschlag, ein Jahr dem deutschen Staat seine Schuldenszahlungen zu stunden. Sollte dieser Vorschlag Wirklichkeit werden, so bedeutet er zweifellos einen Vorteil für das deutsche Kapital. Einen Vorteil, den das deutsche Kapital dadurch erzielt, indem es bei seinem Schacher verstand den Hunger der Arbeitslosen für seine Zwecke in die Wagschale zu legen und gegen die Gläubigerstaaten auszunutzen. Die deutschen Kapitalisten erklärten: von unserem Prasserleben werden wir nicht ablassen; wir wälzen die ganzen Schulden auf die Proletarier unserer „Vaterlandes“ ab. Und allzuaufrichtig gespannt, zerreißt der Bogen. Bei uns ist es bald soweit, bei euch aber noch nicht. Darum geht uns etwas mehr Ruhe und preßt mehr eure Lohnsklaven!

An der Todeskrise selbst wird aber dadurch nichts geändert, wenn sich ihr Schwerpunkt von einem Teil der Erde in einen anderen verlegt. Die Arbeitslosigkeit wächst weiter und damit der Absatzmangel, die verschärfte Konkurrenz und brutale Ausbeutung, — und so weiter im Kreislauf; die Schraube ohne Ende.

Weiter verschärft sich die Todeskrise, von der wir im folgenden einige Tatsachen und Zahlen bringen. In Deutschland lagerten zu Beginn dieses Jahres Waren auf Vorrat im Werte von rund 27 Millionen RM. Das dürfte zur Zeit etwa die Hälfte des deutschen „Volks“-Einkommens entsprechen. Wahrscheinlich repräsentieren diese Lagerreserven einen noch viel höheren Wert.

In den Getreidespeichern der Welt liegen 15,9 Mill. Tonnen Weizen auf Vorrat. Beim Zucker sieht es ähnlich aus. Die Lagerreserven betrugen anfangs dieses Jahres 8,8 Millionen Tonnen. 1,6 Millionen Tonnen Kaffee liegen unverkäuflich da. — An Baumwolle warten 2,2 Mill. Tonnen auf Käufer. Soviel braucht Europa während eines ganzen Jahres, und Deutschland würde damit bei normalem Verbrauch 7 Jahre auskommen.

Beständig wachsen diese Waren-Vorräte. Genau so beständig die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl derjenigen, die durch Hunger und Frost krepieren, die Zahl derjenigen, die die Polizei aller Länder mit Säbel und Flintenkugeln vor dem Hungertode „befreit“.

Keine Kongresse und „Pläne“ noch so weiser Wirtschaftsführer können diesen gordischen Knoten lösen. Man löst ihn auch nicht durch Kleben von Beitragsmarken und Hineinwerfen des Stimmzettels in die Wahlurne.

Ihn kann nur zerhauen das Schwert der proletarischen Revolution.

Unter der Diktatur des Proletariats werden die Arbeiter Herren der Fabriken und Güter sein.

Durch ihre jederzeit abberufbaren Räte werden sie die Produktion nach dem Bedarf regeln.

Dann wird es nicht mehr möglich sein, daß Massen hungern, während Lebensgüter vernichtet werden, weil dieses im Interesse der Nutznießer der Profitwirtschaft liegt.

Daß eine Unmenge wirtschaftlich teils Toter, teils zu Tode Getroffenen das Schlachtfeld deckt, sickert trotzdem durch. Der „Vossische“ vom 4. August enthielt folgende Notiz:

„Fast das ganze Kapital verloren. Die v. G.V. der Lerche & Nippert Hoch- und Tiefbau AG., Berlin, in der 3,36 Mill. RM Kapital vertreten waren, erbrachte die Mitteilung, daß fast das ganze Aktienkapital von 3,5 Mill. RM als verloren gelten muß.“

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 17 * 6. Jahrgang

11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES

(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Erste September-Nr. 1931

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 — Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Alles überschlägt sich in wilder Hast

Wie in einem aufgeregten Bienenschwarm schwirren die „Verantwortlichen“ durcheinander. Koplos, planlos, ziellos. Was ist geschehen? Was hat unsere „Ruhe, unsere Ordnung“ gestört, was unseren normalen Geschäftsverlauf aus dem Gleichgewicht gebracht? Wer ist schuld? Keiner weiß es! Jeder glaubt es zu wissen; Frankreich, nein. Deutschland, nein. Rußland, nein. Der Faschismus, der Bolschewismus, die Regierung, die Geldschieber, die Gewerkschaften, die „schlechten“ Wirtschaftsführer, die Juden, Young, die Wahlen, Schmelting — das Kariköl. Possierlich, diese Jagd nach dem Schuldigen. Nur auf das einzig richtige verfällt keiner, nämlich auf die marxistische Wahrheit, daß alle Weltkrisen Ausdruck der Todesstunde eines längst überlebten Wirtschaftssystems, des Kapitalismus, sind. Und weil man das nicht wissen kann oder auch darf, sucht alles, eifriger noch als nach dem oder den Schuldigen, nach einem Ausweg.

Wie in der Natur werden die Vielen der Erhaltung und Höherorganisation der Art geopfert. Mögen die Sinnes, die Lahusen, die Goldschmidt und Hunderttausende andere kleine Kapitalisten bei der Radikalkur auf der Strecke bleiben. Mögen die Proleten zu Millionen krepieren. Hauptsache ist, das System bleibt. Alle möglichen Medizinien sind angewandt worden und haben nichts verlangt. Krieg, Inflation, Deflation, Wilson-Punkte, Kellogg-Pakt, Daves-Young-Hoover-Plan, Völkerbund, Abrüstung, Pan-Europa, Prosperität, Preisabbau, alles schon dagewesen. Stets nachher wurde konstatiert, daß der erwünschte Erfolg ausgeblieben sei, daß im Gegenteil der Krankheitsprozeß, die Weltwirtschaftskrise sich verschlimmert hätte. Bisher sichtbar gesunde Glieder des Kapitalismus zeigen plötzlich alle Symptome der Ansteckung. Italien, Frankreich, die skandinavischen Länder. Jetzt, inmitten der tollsten Erschütterung, hat man ein neues Allheilmittel entdeckt. Doch zunächst gilt es, die Massen zu narkotisieren, eine Atempause zu gewinnen. Also propagiert man „Vertrauen“, praktiziert rosige Berichte in die trotz ihrer Zahlreichkeit geknebelte Presse.

Ein Zitat aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 347/348 charakterisiert treffend den Ton, auf den die gesamte Presse in ihrem östlichen Teil in diesen Tagen eingestellt war oder noch ist. Es heißt da:

„(Die Radikalkur). Nun muß man sich freilich davor hüten, schon in der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs, dessen Funktionieren nach den gründlichen Vorkehrungen der letzten Tage gesichert ist, einen großen wirtschaftspolitischen Erfolg zu sehen. Wir haben dann lediglich die Panik überwunden, aber die Depression bleibt, und zwar zunächst in verschärfter Form.“

Das ist es; die Panik vermeiden, diese im gegenwärtigen Augenblick für den Kapitalismus höchst gefährliche Massenstimmung. Der einzelne soll die Größe seines Verlustes nicht überschauen. Am liebsten gibt man heute den, morgen den dem Ausbruch seiner Verzweiflung preis, das ist bei weitem ungefährlicher. Daher schreibt die „Vossische Zeitung“ von dem Widerspruch der offiziellen Tatsachenberichte, und der harten Praxis.

Daß eine Unmenge wirtschaftlich teils Toter, teils zu Tode Getroffenen das Schlachtfeld deckt, sickert trotzdem durch. Der „Vossische“ vom 4. August enthielt folgende Notiz:

„Fast das ganze Kapital verloren. Die v. G.V. der Lerche & Nippert Hoch- und Tiefbau AG., Berlin, in der 3,36 Mill. RM Kapital vertreten waren, erbrachte die Mitteilung, daß fast das ganze Aktienkapital von 3,5 Mill. RM als verloren gelten muß.“

Die Versammlung wurde vom Vorstandsmitglied Oemler geleitet, da der gesamte Aufsichtsrat seine Ämter niedergelegt hat.“

Diese kurze Mitteilung ist kennzeichnend für tausende ähnlicher in allen Zeitungen der letzten Tage und Wochen gemachten Insolvenzerklärungen von Banken und Liquidationen von Aktiengesellschaften. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Konzentration und Akkumulation des Kapitals durch ein System langjähriger Abzahlungs- und Verschuldungsgeschäfte vorbereitet, einen gewaltsamen Ruck vorwärts gemacht hat. (Die Aktie steigt, wenn der Mann auch fällt — gilt auch hier). Das bedeutet aber auch, daß diese Erschütterungen, im Kapitalismus bedingt, von eben diesem Kapitalismus nicht mehr ertragen werden können. Zu viele sind es, die davon betroffen werden. —

Rosa Luxemburg bewies in Weiterverfolgung eines Marxschen Gedankens, daß die Eigenbewegung des Kapitals die Tendenz habe, sich in immer weniger Händen zu konzentrieren, so daß zuletzt eine Handvoll Besitzer einer ungeheuren pauperisierten Masse gegenüberstehe. Besonders rapide geht dieser Prozeß heute vor sich, wo ja den Kapitalisten fast alle Exportmöglichkeiten benommen sind einfach dadurch, daß es keine außerkapitalistischen Länder, die für den Warenexport in Frage kommen, mehr gibt, wo also das Kapital seinen eigenen wirtschaftlichen Anhängsel expropriieren muß, d. h. nur auf ihre Kosten akkumulieren kann. In Deutschland (wie in Amerika), ist die-

Es lebe der Krieg!

Die politische-wirtschaftliche Entwicklung treibt mit Riesenschritten einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung zu, und die immer stärker zum Ausdruck kommende Weltwirtschaftskrise beschleunigt das Tempo. Ja, es ist geradezu staunenswert wie zielbewußt und mit welcher mathematischen Genauigkeit die herrschenden Klassen in den verschiedensten Ländern der kommenden Auseinandersetzung zustreben.

Kennzeichnend für den bewußten Willen der kapitalistischen Machthaber wieder ein neues Blutbad herbeizuführen ist eine planmäßige Modernisierung der Kriegswerkzeuge und der Rüstungsindustrie. Finanzielle Aushaltung der nationalistischen Horden, die bewußte Erziehung der bürgerlichen sowie proletarischen Jugend zum Militarismus, die systematische Hetze der Pressekanäle in allen national eingestellten Zeitungen. Wie offene und heimliche Ausrüstung der bürgerlichen Wehr — und Sportverbände mit Waffen. Die planmäßige Ausstellung und Verbreitung von Literatur, Filmen, Theaterstücken, die eine verlogene Kriegsromantik erzeugen. Und dann andererseits die systematische Unterdrückung von Büchern und Filmen mit kriegerischer Tendenz.

Man hat sich die Aufgabe gestellt, eine neue Kriegspsychose vorzubereiten, damit sich dann die Menschen wieder gegenseitig abschächten — weiße gegen schwarze, gelbe gegen weiße Proleten.

Wahnwitzige Eltern jagen dann wieder ihre Kinder gegen „Feinde“, um ihr blühendes Leben auf dem „Felde der Ehre“ zu opfern. Kriegskredite werden wieder bewilligt und die Munitionsfabriken machen Ueberstunden.

Unter giftigen Gaswolken erstickt das Leben ganzer Landströcke — Dörfer und Städte werden zu

ser Vorgang bereits soweit gediehen, daß Riesenunternehmen und Banken in derartigem Maßstabe existieren, daß sie ganz öffentlich für alle ihre Geschäfte, ihre Anleihen, das Reich garantieren lassen, ohne den Entlastungssturm des die Subventionen durch Steuern aufräumen missenden Kleinbürgertums fürchten zu müssen.

Das Reich übernimmt Garantien für Danatbank, für Dresdner Bank, für die Sowjetanleihe, es subventioniert die Landwirtschaft usw. Die Sozialdemokratie fordert für diese Betriebe, die mit Staatssubvention arbeiten, staatliche Kontrolle. Bei Regierungsbeteiligung der Noskepartei bedeutet das den alten Jubelruf: „Der Sozialismus marschiert!“

Diese Höhe der Konzentration ist es auch, die den Kapitalisten den Gedanken einigt, Planmäßigkeit in die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft hereinzubringen, da bei einem verhältnismäßig kleineren Kreis von Wirtschaftsführern ein Ueberschauen des Marktes leichter sein müßte als bei der durch den großen Krach erledigten Konkurrenz der vielen. Daher die plötzliche Bedeutung, die man dem Institut für Konjunkturforschung beimißt, das Bedürfnis nach Konsum-Orientierung. In der „Vossischen Zeitung“ vom 30. Juli findet sich anläßlich der Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch den Finanzpräsidenten der I. G. Farbenindustrie, Dr. Schmitz, ein Artikel, der sich mit diesem Problem auseinandersetzt. Unter der Überschrift: Wege der Wirtschaft heißt es da u. a.:

„Wo sind die Führer, die vorangehen?... Die Rettung des fehlgeleiteten Kapitalismus liegt in seiner konsequenten Umstellung auf Konsum-Orientierung, ein Vorgang, dessen Kosten jetzt zu einem großen Teil von ihm selbst getragen werden müssen, und der zur Sicherung der Zukunft eine wesentlich verschärfte öffentliche Kontrolle der Wirtschaft erfordert. Das mag den betroffenen Unternehmern außer-

Schutt und Asche, Menschen hungern — noch mehr wie heute.

Menschenleben werden gezählt, gemustert, geordnet und in den Tod geschickt.

Offiziere befriedigen ihre sadistischen Gelüste. — Elappenschweine mästen ihre geilen Leiber. Massen-gräber werden wieder geschauelt. — Mütter und Kinder werden weinen.

Berichterstatter schreiben gebührende, verlogene Siegesmeldungen. Und das Patriotengesindel heult vor Freude — wenn auf der anderen Seite recht viele Menschen verreckt sind. Aber der Kapitalismus freut sich des steigenden Profits.

Doch alles — alles fürs Vaterland!

Die Art und Form des kommenden „Stahlbades“ wird derartig verschärft sein, daß es alles bisher dagewesene in den Schatten stellen wird. Giftgas, Elektrizität, Flugzeug werden vorwiegend als bestialische Werkzeuge zur Vernichtung von Menschen dienen. Dieser bestialische Massenmord wird sich diesmal nicht bloß in erster Beziehung auf Männer beschränken, sondern Frauen und Kinder und jegliche andere Lebewesen werden die Opfer sein.

Die Existenzfrage des kapitalistischen Profitsystems diktiert immer wieder kriegerische Maßnahmen. Daran ändert auch ein Verständigungswille nichts. Völkerbund, Friedenskongresse sind nur Atrappen. Es ist eine geschichtliche Tatsache, wenn die kapitalistischen Machthaber viel vom Frieden reden, steht der Krieg vor der Tür. Einen deutlichen Beweis liefert wohl die Tatsache, daß seit Bestehen des Völkerbundes über ein Dutzend, und nach dem großen Menschenmord von 1914 schon wieder 23 kleinere Kriege geführt worden sind — in Afrika, Europa, Asien, Südamerika, überall.

ordentlich bitter sein, ist jedoch nichts anderes als die logische Konsequenz aus den bisherigen Ergebnissen unserer Wirtschaftsführung".

Geschieht dies nicht freiwillig, so werden Zwangsmaßnahmen unvermeidlich sein

Vor allem aber kommt es entscheidend darauf an, daß das Reichswirtschaftsministerium in ununterbrochener Weise die Märkte beobachtet. Das Institut für Konjunkturforschung, so eingeschränkt es infolge der Finanzlage des Reiches ist, hat wiederholt außerordentlich wichtiges Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation gesammelt, leider ohne die notwendige Beachtung, vor allem im Reichswirtschaftsministerium, zu finden. Es sei nur an seine Arbeitslosenschätzung für den vergangenen Winter erinnert, die seinerzeit vom Reichsfinanzministerium als völlig abwegig bezeichnet wurde, es zu falscher Finanzpolitik verleitet, und die dann dennoch in ihrer vollen Größe eintraf. Hätte man überdies die statistischen Veröffentlichungen über die Lagerbewegung, die Verschuldung der Privatwirtschaft und viele andere lehrreiche Ziffern mit der gebührenden Sorgfalt verfolgt, so hätte die Reichsbank rechtzeitig die ununterbrochene Kreditzufuhr gestoppt. Ebenso ist der Warnruf des Präsidenten dieses Instituts, Professor Wagemann, über die verhängnisvollen Wirkungen der Agrarpolitik, ungehört verklungen.

Das also ist des Pudels Kern, man möchte den Bedarf überschauen, die vom Staat subventionierten Großbetriebe würden dann durch Reichskontrolle ihre kleineren Konkurrenten dadurch ausschalten, daß sie ihnen laut Notverordnung verboten, diesen oder jener Artikel „von dem sie den Bedarf kennen, zu produzieren, und so allein den Kampfplatz zu beherrschen". Das mag den betroffenen Unternehmern außerordentlich bitter sein, ist jedoch nichts anderes als die logische Konsequenz aus den bisherigen Ergebnissen unserer Weltwirtschaft.

Soweit unsere lieben Kapitalisten. Nun kann man sich theoretisch wohl einen Kapitalismus denken, der derartig konzentriert ist, daß er mathematisch genau das Existenzminimum aller seiner Sklaven errechnen könnte, und darauf seine Produktion einstellt. Allerdings würde das eine durchgreifende Normung der Lebenshaltung fordern. In der Praxis ist so etwas unmöglich.

Denn abgesehen davon, daß der Kapitalismus auf dem Wege dahin längst die Lebensinteressen der erdrückenden Mehrheit der Menschen gegen sich derartig aufgebracht hat, daß sie ihn keinesfalls erdulden müssen, wie es heute nur unbewußt geschieht, wäre ein solcher Kapitalismus gar kein Kapitalismus mehr, denn er produzierte nur noch für seine Sklaven. Abnehmer für seine Waren fände er höchstens auf dem Monde. — Aber wenigstens will man, solange noch ein Ballen Baumwolle verkäuflich ist, derjenige sein, der ihn verkauft. Deshalb schmiert man den kleinen Unternehmern diktatorisch die Lebensluft (Marktlücke) ab, und deshalb will man wenigstens die Lebenslage des eigenen Sklaven in der Weise normen, daß man ihn in Naturalien entlohnt. (Presseberichte der Dragg vom 4. August).

Sind es selbige Erinnerungen aus der Zeit des Schlangensteinens oder ist es das russische Markensystem, welches hier in einem edelndenken Hirn begeistert nachhallt? Dem westeuropäischen Proleten mit seinen mannigfaltigen Bedürfnissen in Naturalien zu entziehen. Soundsoviel Kartoffeln, soundsoviel amerikanisches Schmalz, dieses Quantum Magermilch, ein Paar Drillichhosen, der uniforme Mensch ist fertig. „Antreten zur Arbeit!" „Antreten zum Emp-

fang von Steckrüben! Wo hast Du Schwein Deinen Löffel gelassen?" Liebliche Aussichten für ehemalige Feldweibel und K. P. Gruppenleiter.

Die vielen Fabrikanten und Vertreter all jener kleinen und großen Dinge des täglichen Lebens, die das Leben des europäischen und amerikanischen Proleten kennt und erfordert, die ihn erst zum zivilisierten, turmhoch über den primitiven stehenden Menschen machen, sind längst in der „Masse" untergetaucht. Das ist Unsinn, noch dazu ohne Methode, aber es zeigt so ungefähr, wie das Kapital uns Proleten einschätzt. Und täuscht sich so! Denn auf der anderen Seite ist ihm die Angst vor dem Kommunismus derartig ins klappernde Gebein gefahren, daß es alles, was auch nur von weitem nach Kommunismus aussieht, unbesehen in Grund und Boden bohren möchte. Diese Angst schallt wie kein anderes Moment die Internationale der Ausbeuter, wie wir schon in Nr. 15 des Spartakus sagten. Ein wirklicher Exponent des Weltkapitals, Herr David Lloyd George, ehemaliger englischer Premier, schreibt dazu in Nr. 352, vom 30. Juli 1931 im Rahmen eines „Der Schatten über Europa" betitelten Aufsatzes, folgende Sätze:

Das ständige Wachsen des Kommunismus in Deutschland bedeutet eine schwere Gefahr für ganz Europa. Der Krieg hat gezeigt, welche mächtigen Volk die Deutschen sind, wenn sie auf die Probe gestellt werden; darum würde auch ein kommunistisches Deutschland für die Welt weit gefährlicher sein, als das kommunistische Rußland. Die Russen sind ein begabtes aber ungebildetes, unorganisiertes und ungeschultes Bauernvolk. Ihr Fünf-Jahr-Plan ist ein verhängnisvolles Projekt, das mit Mitteln, die sich kein anderes Volk gefallen lassen würde, vorwärtsgepeitscht wird, damit eine rückständige Nation die Grenze europäischer Zivilisierung erreichen möge. Aber Rußland kann nicht einmal den Beginn landwirtschaftlicher und industrieller Organisation ohne die Hilfe von Hunderttausenden amerikanischen, deutscher und englischer Fachleute erreichen, und es kann noch viele Jahre, ja Jahrzehnte dauern, bevor Rußland, auf sich selbst gestellt, zu einer ersten Gefahr für die übrige Welt werden könnte. Sollte aber Deutschland in die Arme des Kommunismus getrieben werden, dann lägen die Dinge anders. Denn Deutschland besitzt wohl das bestgebildete und am vollkommensten geschulte Proletariat der Welt. Die russischen Intellektuellen und Industrieführer sind fast vollkommen ausgerottet und vertrieben worden, weil sie im Verdacht der Revolutionsgegnerschaft standen. In Deutschland dagegen stellt die „Intelligenz" durch Anzahl, Fähigkeiten und Charakter furchtbare Armeen dar. Sie hat unter den Nachkriegsjahren schwer gelitten, hat sogar das Notwendigste entbehren müssen, und ist daher von der augenblicklichen Gesellschaftsordnung nicht allzusehr begeistert. Soviel ich erfahre, treibt sie langsam, aber sicher dem Kommunismus zu, und die Verzweiflung führt unzählige andere in der gleichen Richtung. Sollte einem Zusammenbruch Deutschlands noch ein böser Winter mit Arbeitslosigkeit und Bankrotten folgen, dann könnte das Land in die Fänge des Kommunismus geraten, und Oesterreich würde unweigerlich folgen. Ich kann mir für Europa, ja für die ganze Welt keine schlimmere Gefahr denken, als ein großes kommunistisches Staatswesen in Mitteleuropa, das von einem der intelligentesten und diszipliniertesten Völker der Welt geleitet und aufrechterhalten wird.

Hand in Hand mit Deutschland und unter der Führung deutscher Köpfe würde die Bedeutung der russischen Revolution um das Hundertfache anwachsen. Rußland hat unerschöpfliche Hilfsmittel in seinem

Boden und in seinen ungeheuren und lebenskräftigen Volksmassen. Deutschland wieder besitzt genug Erfahrung, Fähigkeit und Geschick, um den natürlichen Reichtum Rußlands auszunutzen. Beide Länder zusammen würden eine mächtige Kombination ergeben, und es wäre daher für alle Nationen ratsam, zur Abwendung eines solchen katastrophalen Bündnisses die größten Opfer zu bringen.

Der „große" englische Staatsmann bringt verschiedenes gewaltig durcheinander. Wenn er, am Schluß des oben zitierten Artikels, die Hoffnung ausspricht, daß „das wachsende Vertrauen", das sich jetzt bemerkbar macht, der Wiederaufstieg aus den Tiefen der Verzweiflung bedeute — und als ein neuer Weg zum Wohlstand gelten könne", so ist das ein frommer Selbstbetrug und Quatsch obendrein. Wo er vom Fünfjahresplan spricht, bringt er viel Irrtum und ein Funkeln Wahrheit. Daß ein hochkapitalistisches hochindustrialisiertes Rußland ein unliebsamer Konkurrent für die Bourgeoisie der übrigen Welt wäre, steht außer Frage. Vollständiger Nonsens ist, was er von der Bündnisfähigkeit Rußlands mit einem kommunistischen Deutschland faselt, wenn er damit nicht nur die Bündnisfähigkeit des K. P. distich geleitet, kapitalistischen Deutschlands mit dem russischen Staatskapitalismus meint. (Man schlägt den Sack und meint den Esel.) Auf die revolutionäre Initiative hat sich der russische Einfluß stets hemmend ausgewirkt, und im Falle des bewaffneten Aufstandes des deutschen Proletariats würde es das gesamte „Vaterland der Arbeiter" gegen sich haben, ausgenommen die ausgebeuteten Proleten, und diejenigen Revolutionäre, die heute Sibirien und Solowetzki-Inseln, Gefängnisse und Zuchthäuser in Rußland bevölkern.

Lloyd Georges Artikel ist nur da bemerkenswert, wo er zur internationalen Solidarität des Kapitals gegen den Kommunismus aufruft, der eine Gefahr für Europa und die übrige Welt darstelle, und zugleich einräumt, daß derselbe „aufrecht erhalten werden kann".

Jawohl, die internationalen Kapitalshyänen wissen sehr gut, daß Deutschland der Brandherd der Revolution ist, und die deutsche Bourgeoisie hat nicht erst seit gestern verstanden, aus dieser Erkenntnis Kapital zu schlagen und für sich Ausnahmestellungen zu erpressen. Wenn ihr uns nicht helfe, haben wir den Kommunismus im Lande, und ihr dadurch auch! Das ist der immer wiederkehrende Sermon, mit dem sie versteht, erfolgreich mit Anleihen und Stillhalteaktionen krebzen zu gehen. Doch hinter aller Solidarität der Weltkapitalisten steht das persönliche Interesse des Einzelbourgeois und reißt Lücke um Lücke in die Unternehmerfront. Sehr treffend brachte das kürzlich die „Vossische Zeitung" in einem Leitartikel ihres Handelsteils zum Ausdruck, in dem sie etwa wie folgt ausführte:

„Dadurch, daß jeder von ihnen, (den Gläubigern Deutschlands) einseht, daß er unmöglich sein Geld bekommen kann, kommen die berühmten, einstimmigen Beschlüsse zu Stande, denn es ist weit vernünftiger, mit großer Geste zu verzichten, als auf die Erfüllung von Unmöglichkeiten zu bestehen.

Kaum aber in ihren Privatkontoren angekommen, beginnt der Zweifel an jedem von ihnen zu nagen, der Zweifel nämlich, ob auch die anderen sich an die Beschlüsse halten, und man nicht derjenige ist, der allein das Nachsehen hat. So entscheidet er sich, keineswegs der Letzte zu sein, und daher kommt es, daß die Beschlüsse, so einmütig sie gefaßt sind, ebenso einmütig wieder durchbrochen werden."

Ja, die Solidarität des Kapitalisten untereinander reicht nur bis zur Grenze der finanziellen Verbundenheit, darüber hinaus ist der Verbündete von gestern

der Feind von heute, und das ist für uns gut so. Der Kapitalismus ist auch in dieser Hinsicht sein eigener Totengräber. Und daher kann keine Weltmarktskontrolle, keine noch so ausgeklügelte Konsumorientierung verhindern, daß nach Ausschaltung der Kleinen (siehe oben) sich die übrigen auf das freigeordnete (s) Terrain stürzen, und der Kampf unter ihnen wieder mit der Vernichtung der schwächsten von ihnen enden muß. Das beweist treffend folgendes Abzahlungsgeschäft im großen Stil, daß zwischen Amerika und Deutschland angebahnt wird. Wir lesen darüber im „Königsberger Tageblatt" vom 4. August 1931.

„Ein amerikanisches Exportkredit-Angebot. Baumwolle, Kupfer, Weizen sollen beliehen werden. Zwischen dem amerikanischen Botschafter Sacket und den zuständigen Stellen des Reichskabinetts — in Betracht kommt in erster Linie das Reichswirtschaftsministerium — sind jetzt unmittelbare Verhandlungen über den in Amerika aufgetauchten Plan eingeleitet worden, große Mengen amerikanischer Baumwolle zu besonders günstigen Zahlungsbedingungen Deutschland zur Verfügung zu stellen. Gedacht ist daran, die Bezahlung der Getreide- und Rohstoffmengen auf zwei Jahre hinauszuschieben, so daß Deutschland gewissermaßen einen zweijährigen amerikanischen Rohstoffkredit erhalten würde.

Die Verhandlungen in Deutschland werden unter Hinzuziehung der in erster Linie beteiligten deutschen Wirtschaftskreise stattfinden, als der Landwirtschaft, des Getreidehandels und der Textilindustrie. Von amerikanischer Seite wird offenbar, falls die Aktion zustandekommen sollte, eine Art Konkurrenzklausel erstrebt, derart, daß Deutschland durch die Hilfe der amerikanischen Baumwoll- und Textilindustrie nicht dem amerikanischen Textilmarkt Konkurrenz macht. In dem vergangenen Jahre führte Amerika nach Deutschland für 427 Millionen Mark Baumwolle ein, während der deutsche Gesamtimport an Baumwolle nur 580 Millionen betrug, so daß Amerika als Hauptbaumwoll-Lieferant Deutschlands zu bezeichnen ist. Bei der Weizenzufuhr waren allerdings die Vereinigten Staaten nur mit 34 Millionen bei einer Gesamteinfuhr von 232 Millionen Mark beteiligt."

Lauter solche Verrücktheiten, wie sie nur der Kapitalismus zeitigen kann. Deutschland soll Baumwolle auf Kredit erhalten, soll aber mit den Fertigwaren beileibe nicht dem Geschäftspartner Konkurrenz machen. Die Landwirte sollen Getreide ausführen können, um später die gleiche Menge wieder einzuführen. Wirtschaft nennt man das!

Nun lassen wir sie Gaunereien treiben, nützen wir ihre Verwirrung, indem wir in unsere Reihen Ordnung und Klarheit bringen, damit wir in möglichst kurzer Zeit dies ganze Geschmeiß zum Teufel jagen können. Leider müssen wir sehen, wie die „einzige Arbeiterpartei" sich in nationalistischen Schelmenstücken direkt überschlägt. Anders kann man Sachen wie den „roten Volksentscheid" doch nicht werten. Abgesehen davon, daß sie reichlich Wasser auf die Mühlen der schon zu Tode kompromittierten Sozialdemokratie liefert, abgesehen davon, daß diese Halunken alles kritische Recht in Arbeiterfragen längst verwirkt haben, ist ihre Satire von geradezu vernichtender Wirkung auf alle nicht gerade 100prozentigen Linientreuen — abgesehen davon also, kann man die bürgerlichen Blätter verstehen, wenn sie behaupten, dieser Schritt der KPD stelle eine weitere Phase der nationalsozialistischen KP-distischen Annäherung dar, und Rußland habe scheinbar ein Interesse daran, in Deutschland der Rechten durch die KPD zum Siege zu verhelfen. Wenn die „Welt am Abend" mit hochtrabenden Worten folgendes verquatscht:

„In den Kreisen der schwärzesten Reaktion, um Hugenberg, Hitler und Seldte hat man sich von dem Schreck über den kommunistischen Beschluß noch nicht erholt. Wie wir zuverlässig erfahren, diskutieren man allen Ernstes in diesen Kreisen darüber, ob es nicht noch eine Möglichkeit gäbe, vom Volksentscheid zurückzutreten, da befürchtet werden müsse, daß die Kommunisten schon in den nächsten Tagen endgültig die Führung der Aktion in der Hand hätten."

Wenn die KPD ihren Heinz Neumann schreien läßt: „Der Stahlhelm kneilt, Hitler sabotiert", so ist das eine Demagogie übelster Art, die die schwachen Stellen in der Notwendigkeitserklärung übertünchen soll.

Der schwarz-weiß-rote Rummel ist vorüber, doch er sei ausgegangen wie immer, in einer Zeit, wo die Bourgeoisie unter vollständiger Ignorierung aller, auch der elementarsten parlamentarischen Formen, einfach den Erfordernissen des Tages entsprechend Notverordnung auf Notverordnung erläßt, als diktatorisch in des Wortes wahrster Bedeutung regiert, in einer Zeit, wo die sofortige Inangriffnahme der proletarischen Revolution das A und O aller Arbeiterpolitik zu sein hat. Zeit, Geld und Aktivität des Proletariats an gesetzmäßige parlamentarische Aktionen zu verschwenden ist ein bündiger Beweis dafür, daß man nicht von der Todeskrankheit des Kapitalismus sprechen kann, ohne auf ihren stinkendsten Teil (die KPD.) zu stoßen, der zu diesem Thema gehört, wie die geschlossenen Fabriken von Ford und Opel, wie die 25 Millionen (amtlich registrierter) Arbeitslosen und dem ganzen physischen und geistigen Elend, das diese repräsentieren.

Genossen, die Organisation der Revolution, diese dringendste Notwendigkeit der Gegenwart, wenn wir nicht alle in Barbarei versinken wollen, bedingt die Liquidierung aller Parteien und Gewerkschaften, auch der nationalen KPD., und die Schaffung der Räteorganisationen, in denen die Mitglieder alles bestimmen. Und das, was sie ihren Räten auftragen werden wird die Bewaffnung der Arbeiter, die Entschlossenheit des Kampfes sein, aber keine Durchführung eines Volksentscheides, zu dem man noch kaum 4 Wochen früher die vernünftige Stellung einnahm: „Hände weg!"

Die Mitgliedsbücher den Bonzen vor die Füße.

Schafft revolutionäre, kommunistische Betriebsorganisationen!

Neue Dokumente über die Vorbereitung des Weltkrieges

AR. In der Nummer vom 1. August veröffentlicht die „Zentralarchivverwaltung" in der Moskauer „Prawda" Auszüge aus russischen, bisher unveröffentlichten Dokumenten, unter anderem das folgende „Protokoll des Finanzkomitees, 27./14. März 1914":

„In Verbindung mit der Frage über unsere ausländischen Barlonds wurde in der letzten Zeit infolge der sich verwickelnden internationalen politischen Beziehungen die Frage akut nach der Unversehrtheit der bei ausländischen Banken befindlichen Summen. Die vom Finanzministerium angestellte Untersuchung ergab, daß man nach Ansicht des Finanzkomitees, auf Grund der bestehenden Konventionen, insbesondere

der Haager Konferenz, die Frage nicht als für uns im günstigen Sinne geregelt betrachten kann.

Jedenfalls ist bis auf den heutigen Tag der Zweifel nicht beseitigt, ob die Konfiskation der dem russischen Staatsschatz und der russischen Staatsbank gehörenden Gelder, Fonds und Schuldverschreibungen durch einen mit Rußland im Kriege befindlichen Staat möglich ist; nach Ansicht des Wirklichen Geheimen Rates Golubew könnte eine solche Konfiskation nicht nur in dem betreffenden Staate selbst erfolgen, sondern auch auf dem durch letzteren besetzten Territorium eines Landes, das als Verbündeter Rußlands am Kriege teilnimmt.

Zweifellos besteht die nächste Gefahr für solche Summen, die sich bei den Bankiers des Landes befinden, mit denen man gezwungen sein wird, in kriegerische Unternehmen einzutreten.

Aus diesen Erwägungen heraus hat das Finanzministerium bereits Maßnahmen zur Verringerung unseres Goldbestandes im Ausland getroffen. Insbesondere wurde in den letzten Jahren unser Goldbestand in Deutschland bedeutend verringert; er beträgt gegenwärtig (bei einer Gesamtsumme von etwa 670 Millionen Rubel unseres ausländischen Goldbestandes) in Deutschland insgesamt 59 Millionen Rubel.

Der Leiter des Finanzministeriums hat es jedoch als möglich erachtet, auch diese Summe noch etwas zu verringern. Das Finanzkomitee seinerseits betrachtet es als wünschenswert, die oben angeführte prinzipielle Frage einer kompetenten Prüfung zu unterwerfen. Es hat zu diesem Zwecke den Leiter des Finanzministeriums beauftragt, gemeinsam mit den Ministern des Auswärtigen und der Justiz die Frage zu klären.

Sollte eine solche Untersuchung ergeben, daß die in dieser Hinsicht gehegten Befürchtungen einigermaßen begründet sind, dann wäre es nötig, daß das Finanzministerium die weitere Frage nach den Mitteln untersucht, wie man das Vorhandensein von russischen Staatsgeldern in Deutschland vermeiden könnte bei Berücksichtigung der Notwendigkeit, einige unserer Anleihen laut den entsprechenden Bedingungen in dem betreffenden Lande selbst einzulösen.

Auf den ersten Blick erscheint es möglich, eine solche Auszahlung auf Kommissionsgrundlagen und mittels der Banken anderer Länder zu organisieren, die in Deutschland Filialen oder Korrespondenten unterhalten. Aber eine solche Lösung, die mit der Herausziehung unserer Gelder aus Deutschen Banken verbunden ist, hat große Schwierigkeiten, weil einige dieser Banken seit ihrer russische Korrespondenten sind und dem russischen Kredit bei Unterbringung von Anleihen wesentliche Dienste geleistet haben. Abschlüsse von Anleihen mittels der betreffenden Banken werden auch in Zukunft nicht nur nicht unmöglich, sondern höchst wahrscheinlich sein.

Das Herausziehen unseres Geldes würde uns den deutschen Markt vollständig verschließen, garnicht zu sprechen davon, daß eine solche Maßnahme als ein Akt offener Feindseligkeit betrachtet werden könnte und als solcher die internationalen Beziehungen erschweren müßte.

Um nicht zur völligen Umgehung der deutschen Kreditinstitute greifen zu müssen, wäre nach Meinung des Finanzkomitees zu prüfen, ob im Falle eines Krieges unsere für Zahlungen in Deutschland bestimmten Summen vor Konfiskation geschützt wären, wenn sie sich nicht unmittelbar bei den Kreditanstalten in Deutschland, sondern bei den Filialen der deutschen Banken im Ausland befänden. Jedenfalls erfordert die allseitige Prüfung der Maßnahmen zur Sicherung unse-

des Einfluß der ausländischen Kapitalisten verpflichtet. Ohne den anderen Geldgebern hat Amerika allein schon Milliarden von Dollars in Rußland investiert und die Kontrolle in vielen wichtigen Teilen der Wirtschaft an sich gerissen.

Wenn wir KPD. und SPD. nebeneinander stellen, und uns die Nazipartei noch hinzudenken, so haben wir ein Kleeblatt, was sich in seinen Teilen garnicht so viel unterscheidet. Der Unterschied besteht speziell im Firmenschild und in den verschiedenartig gefärbten bombastischen Phrasen zur Verblüffung der Massen.

Und das Eine steht fest, bei Ausbruch eines Krieges werden sie eine Einheitsfront darstellen für das „völkerbeirende Blutbad" und den dementsprechenden kapitalistischen Interessen, wie es sich die meisten Proleten nicht hätten träumen lassen. Sozi, Kozi und Nazi Arm in Arm gegen das kriegsgegerne revolutionäre Proletariat! Man sagt immer: die Geschichte wiederholt sich, aber so ein Konsortium hat die Geschichte noch nicht gesehen.

Leider haben die Proletariat in ihrer Mehrzahl die blutigen Lehren von 1914-18 und die jämmerlichen Rollen, welche diese Bonzen während dieser Jahre spielten, fast vergessen. Ja, man muß bald glauben, daß die Mitglieder dieser Organisationen an chronisch r Dummheit leiden, wenn man nicht wissen würde, daß gerade das Reaktionärste am Arbeiter ist: daß er schnell vergißt, was gewesen ist.

Die Bonzenclique darf sich demzufolge frecher denn je in und außerhalb der Regierung als Volksvertreterin aufspielen — und die Proletariat glauben ihr und

würden sich heute zum großen Teil wieder fürs „Vaterland" in den Tod hetzen lassen, obwohl sie noch vom vorigen Krieg genug haben — ein großes Heer von Krüppeln und kranken Menschen die Erde bevölkert.

Es gibt Millionen Proletariat, die noch in den Illusionen verstrickt sind, begreiflich zu machen, daß der Kampf gegen den Krieg nicht mit „pazifistischen Phrasen" und mit „Nie-wieder-Krieg"-Geschrei geführt werden kann. Nicht mit dieser Sorte „Friedensfreunde", die so lange gegen den Krieg sind, solange Frieden ist.

Das Proletariat hat kein „Vaterland", auch kein „Arbeiter-Vaterland", und die Feinde des Proletariats sind: Kapitalismus, Parteien und Gewerkschaften mit ihrer Bonzokratie. Wenn man die Gefahr eines Krieges beseitigen will, muß man erst diese beseitigen, als die Ursache des Übels.

Das Proletariat kennt keinen nationalen Kampf, sondern den internationalen Klassenkampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückern.

Wenn das Proletariat den Krieg verhindern will, muß es die proletarische Revolution entgegenstellen. Die proletarische Revolution gilt es vorzubereiten mit äußerster Entschlossenheit.

Gelesene Nummern des Spartakus
wegwerfen, heißt, dem Klassenbruder wertvolles Erkenntnis material unterschlagen!

Doch was tun die Arbeiter und ihre international zusammengeeschlossenen Organisationen in dem Augenblick?

Die Sozialdemokratie aller Länder und ihre II. Internationale ist von Anfang an der Molsaison 1914 im gesteigerten Maße zur entscheidenden staatsbehaltenden Macht des nationalen sowie internationalen Kapitalismus geworden. Es ist demzufolge selbstverständlich und mühte nun bald das dümmste SPD. Mitglied begreifen, daß die SPD. im Kriegsfall aus dem Simplex ihrer bürgerlichen Parteitaktik heraus jeden Krieg unterstützt.

Ist nicht nur der Weltkrieg, sondern auch heute in diesem Zeitabschnitt, wo das Proletariat schlimmer geknechtet wird wie vor 1914, mit besonderer Hilfe der SPD. Beispiel genug, welche Rolle die SPD. bei einem neuen Weltkrieg spielen wird.

Ihre matten Versammlungsproteste gegen den Krieg beweisen nichts und sind nur Scheinmanöver, Berechnungen zur Irreführung gutgläubiger Proletariat. Aber die Führer in den Parlamenten und ähnlichen Instituten



onen beweisen durch Bewilligung von Milliarden für Heereszwecke und Rüstungsmaßnahmen eine Bereitschaft ohnegleichen, einem jeden kapitalistischen Massenmord ihren Beistand zu leihen.

Genau so, wie sie den wirtschaftlichen — politischen Krieg der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse unterstützt und in jeder Beziehung unzählige Verbrechen begangen hat und vielleicht noch viel schlimmere begehen wird.

Die SPD. als die größte bürgerliche Partei Deutschlands mit einer nach hunderten Tausenden zählenden Garde von Führern in Form von berufsmäßigen Arbeiterverrättern, Schmarotzern, Dummköpfen und ähnlichen Kleinbürgern, welche nur besorgt sind um die Erhaltung ihrer gutbezahlten Führerposten, wird alle kapitalistischen Belange unterstützen.

Diese Bonzen werden sich im gegebenen kriegerischen Moment wieder wie 1914 wie eine Hure in die Arme der kriegsbegeisterten Generale und Kapitalisten werfen und die Proletariat als Schlachtopfer ausliefern, um den Kapitalisten zu einem guten Geschäft zu verhelfen.

Und die III. Internationale? Die Internationale Moskauer und deren Sektionen verfolgen einen Kurs der russischen nationalen staatskapitalistischen Notwendigkeiten, welcher das Proletariat der Komintern zu einem willigen Werkzeug der Ausbeuter anderer Länder macht.

Die inneren Verhältnisse des „Arbeiter-Vaterlandes" haben sich immer mehr nach Einführung des Nep

res Geldes im Auslande die Mitwirkung des Ministers des Auswärtigen; er muß über alle in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen informiert werden. . . .

Soweit dieses Dokument.
Natürlich sind ähnliche Sorgen bei allen Staaten vorhanden gewesen — nur hat es für Deutschland die SPD-Bonozokratie verhindert, daß die Geheimarchive der Welt bekannt gegeben werden. Ja, sogar der USPD-Polizeipräsident Eichhorn hat im November 1918 verbrecherischerweise die Pflicht versäumt, die Spitzelarchive zu beschlagnahmen, obwohl Rosa Luxemburg und Genosse Plehmert ihn daran erinnerten — am 10. November 1918.

So sieht der kriegsmüde Kapitalismus aus!

Nach siebzehn Jahren

Abrüstungskonferenzen lösen einander ab. — Wie sieht es in Wirklichkeit mit der Friedenssehnsucht der Ausbeuter-Staaten aus? Hier einige Beispiele:

Die Vereinigten Staaten haben im Tempo der Rüstungen alle anderen imperialistischen Staaten überholt. Nach der Angabe der Liga der Nationen verausgabt Europa (ohne Deutschland) jährlich 2770 Millionen Dollar gegen 1878 Millionen Dollar im Jahre 1913, das heißt um 50% mehr. Das Kriegsbudget der Vereinigten Staaten ist von 288,5 Millionen Dollar im Jahre 1914 auf 847 Millionen Dollar im Jahre 1930-31 gestiegen, das heißt um das dreifache.

Besonders auffallend erscheint die Zunahme der Rüstungen in den Vereinigten Staaten bei der Gegenüberstellung der Rüstungsausgaben verschiedener Länder (nach offiziellen Angaben).

Die Kriegsausgaben in Millionen Dollar	1914	1923	1930-31
Frankreich	280	258	457
England	385,5	520	537
Vereinigte Staaten	288,5	680,8	847
Italien	131,2	135,5	249
Japan	97,2	234,5	234,4

Das Budget der Kriegsmarine ist seit 1914 in den Vereinigten Staaten kolossal gestiegen und beträgt für das Jahr 1930-31 382.505.197 Dollar.

Die Aviatik der Vereinigten Staaten ist die größte der Welt und hauptsächlich auf militärische Operationen zu Wasser berechnet. Die Zahl der militärischen Flugzeuge beträgt über 2000. Die Flugzeugindustrie ist in den ersten Kriegsmontaten zehntausend Flugzeuge fertigzustellen.

In England beträgt das Kriegsbudget offiziell für das laufende Jahr mit 39.930.000 Pfund Sterling zwar 570.000 weniger als im Vorjahre. In Wirklichkeit jedoch geht diese Verringerung auf Kosten des Soldes, der um 1 Million Pfund Sterling gekürzt wurde; somit sind die Ausgaben für die Armee faktisch gestiegen.

Ein Oberst aus dem englischen Kriegsministerium sagte vor kurzem: „England hat zweifellos in bezug auf Qualität seiner Panzerkreuzer und ihrer Anwendung alle Mächte überholt“.

Der Marineschiffbau sieht im Programm für das Jahr 1931 den Bau von 22 Schiffen vor; darunter 3 Kreuzer, 8 Torpedozerstörer und 3 Unterseeboote.

Frankreichs Heer beträgt zusammen mit allen seinen Hilstruppen, militarisierter Polizei, „republikanische Garde“, Waldkorps usw. 680.000 Mann. Die Kriegsinindustrie, einschließlich Kriegsschiffe und Flugzeuge ist der einzige Industriezweig, der voll arbeitet. Diese Industrie besorgt auch die Bedürfnisse der osteuropäischen Vasallen: Frankreichs: Polen, Rumänien, Jugoslawien usw. Die chemische Kriegsinindustrie hat ihre Produktion um das sechsfache gesteigert.

Die Tschechoslowakia spielt im Plan der Kriegsvorbereitung die Rolle einer Versorgungsbasis. Trotz des kleinen Territoriums besitzt die Tschechoslowakia eine der größten Kriegsinindustrien der Welt, die für Rumänien, Estland, Lettland, China, Persien, Jugoslawien, Polen, Finnland usw. arbeitet. Die erste Stelle nehmen die Skoda-Fabriken ein, in denen über 40.000 Arbeiter beschäftigt sind; sogar während des Weltkrieges waren dort nur 30.000 Arbeiter tätig.

Viele russische Weißgardisten stehen im aktiven Dienste der tschechoslowakischen Armee und weißgardistische Offiziere arbeiten in den Kriegsbetrieben von Skoda. Die Unterhaltskosten der weißen Emigration bilden einen besonderen Posten des Staats Etats. Im Kriegsfalle kann die Tschechoslowakia ein Heer von 1,5 Millionen Soldaten aufstellen.

In Italien beträgt der Kriegsetat für das Jahr 1930-31 5.964 Millionen Lire gegen 4.837 Millionen im Jahre 1927. Die Stärke des stehenden Heeres ist etwa 250.000 Mann. — Außerdem stehen unter Waffen 40.000 Schwarzheiden, die im Mobilisierungsfalle sofort eine Armee von 200.000 Mann stellen können.

Nach dem vom Ministerrat im vorigen Jahre angenommenen Gesetz muß die gesamte Jugend von 18 bis 21 Jahren militärische Ausbildung erhalten. In der Jugendorganisation „Avantgarde“ sind 360.000 Knaben und Mädchen militärisch ausgebildet. Die faschistische Kinderorganisation zählt 1,5 Millionen Mitglieder.

Nicht umsonst hat Mussolini bei den Herbstmanövern der faschistischen Miliz im Jahre 1930 gesagt: „Liebt das Gewehr, liebt das Maschinen-gewehr, verzeiht das Bajonett nicht, denn im Einverständnis mit dem Königshause werde ich Euch bald zu Eurem Ruhme aufrufen, die Grenzen des Vaterlandes zu erweitern“.

Die Kriegsausgaben Polens betragen über 50% des Gesamteinkommens. Das stehende Heer beträgt 303.200 Mann. Zusammen mit Grenztruppen und Polizei etwa 342.000 Mann. Die faschistische Reservearmee beträgt zur Zeit annähernd 1 Million. Auf militärische Ausbildung der Jugend wird besonderes Gewicht gelegt. In der Sommerresidenz des polnischen Präsidenten fanden vor kurzem Manöver der Schuljünglinge statt, an denen 12.000 jugendliche beiderlei Geschlechts teilnahmen.

Die Kriegsindustrie, die einzige „blühende“, beschäftigt über 65.000 Arbeiter. Jedoch deckt die heimische Industrie den Bedarf der Armee nur zu 20 bis 30%. Den anderen Teil, schwere Geschütze, Tanks usw. liefern Frankreich, Tschechoslowakei und Belgien.

In Rumänien sind die Kriegsausgaben auf 65 Millionen Dollar veranschlagt (31% des Gesamtbudgets). Doch stellen die Ausgaben des Kriegsinministeriums nur einen Teil der tatsächlichen Rüstungsausgaben dar, denn ein großer Teil entfällt auf das Zivilbudget. In Wirklichkeit betragen die Kriegskosten 50% der gesamten Staatseinkünfte. Rumänien ist der Vorposten der Antowpfront.

Deutschlands stehendes Heer darf bekanntlich, dank dieses Friedensvertrags von Versailles, nicht über 100.000 Mann betragen und 150.000 Mann Polizei. Außerdem verliert jedoch die deutsche Bourgeoisie über den Stahlhelm mit seinen über eine Million Mitgliedern, von der übrigen Bürgerkriegs-armee (Bürgerwehr etc.) ganz zu schweigen.

In der nächsten Nummer des „Spartakus“ bringen wir auf Verlangen einiger Ortsgruppen sowie auflastender Genossen abermals unser Programm zum Abdruck.

Die Reichs-Preffe-Kommission

Lebendiger Marxismus

Gegenwärtig sieht man einen Teil der bürgerlichen Zeitungen Sturm laufen gegen die Maßnahmen der Regierung Brüning, oder vielmehr gegen die des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung. Es wird hier mächtig geschimpft auf die Zollerhöhungen, auf Schiele und seine Liebesgaben für die Landwirtschaft. Es wird vorgerechnet, daß — wie schmerzhaft — die Zollpolitik der Reichsregierung zur Verrentung der Lebensmittel und auch zur letzten Brotverderbung zwingt. Man sagt nicht mehr, die Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte bewirken im Ausland Gegenzölle auf Industrieprodukte, die Deutschland ausliefert. Man jammert auch nicht über die Millionen, die der Staat als „Osthilfe“ usw. den Junkern in den Rücken schmeißt. Man schreit:

Brot, Erbsen und Speck werden dem armen Menschen zu teuer.

Man bringt Zahlen und Tabellen, die wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Jeder Leser des „Spartakus“ liest sie in den Tageszeitungen und jeder Arbeiter spürt den wachsenden Gegensatz zwischen Lohn und Preis, jeder Arbeitslose die Kluft zwischen Unterstützungssätzen und Brotpreis.

Wie kommt es, daß sie sich mit einem Male um das Wohlergehen der Arbeiter zu sorgen beginnen, die tagtäglich über Proletariatsleiden schreien und im letzten Weltkrieg Millionen Arbeiter morden — weil der Profit es erfordert. Nun —

die Proletier ruff auch dieses Geschrei der Bourgeoisie hervor.

Bekanntlich wird der Wert einer Ware durch die in ihr enthaltene Arbeitskraft bestimmt. Der Wert der Ware Arbeitskraft aber durch die Warenmenge, die der Arbeiter zur Neubildung seiner Arbeitskraft braucht. Wieviel Brot, Hering und Kartoffeln der Prolet genießen muß, um frisch aus dem Werk gehen zu können, soviel Wert hat seine Arbeitskraft. Indem das Kapital, als Besitzer der Produktionsmittel, den Arbeiter dazu zwingen kann, länger zu arbeiten, als er zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft braucht — schindet das Kapital Profit aus der Arbeit heraus.

Seit jeher war das Kapital bemüht, den Teil des Arbeitstrages, den der Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft ausgezahlt bekommen mußte, mög-

lichst zu verkürzen. Einmal durch intensivere Ausbeutung (schnelles Arbeitstempo, bessere Maschinerie), zweitens durch Verbilligung der Lebensmittel, die dem Arbeiter als Fraß vorgesetzt werden (Zichorie statt Milch; Margarine statt Butter usw.)

Schließlich aber — ein bestimmtes Quantum muß der Arbeiter genießen, um überhaupt arbeiten zu können. Darum ist das Industrie-Kapital seit jeher an billigen Lebensmitteln interessiert. Und seit dem Aufkommen der kapitalistischen Wirtschaftsform besteht ein ständiger Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die „Klassiker“ der Nationalökonomie in England im Anfang des vorigen Jahrhunderts, Ricardo und Smith, führten eine kräftige Sprache gegen die Land-Lords und nennen sie nicht anders als Schmarotzer.

Englands Industrie sucht auch jetzt ihren Profit und ihren Weltmachtplatz durch Druck auf die Landwirtschaft zu halten. Die englische Regierung beschloß eine neue Steuer von einschneidender Wirkung für die englischen Landgutsbesitzer.

Andererseits in Deutschland. In der deutschen bürgerlichen Revolution war die Arbeiterklasse bereits so aktiv, daß vom ersten Tage der Revolution die Bourgeoisie Front gegen das Proletariat machen mußte.

Das Industrie-Kapital durfte aus diesem Grunde sich niemals mit den Kräftjunkten verfeinden und mußte den Agrariern den Willen lassen — wenn zum Schaden der deutschen Industrie.

Auch jetzt muß die Industrie damit zufrieden sein, was die Bauern verlangen. Denn der überwiegende Teil der Schutz- und Reichswehr, der Nazi und des Stahlhelms, dieser militärischen Stützen der Bourgeoisie, besteht aus Agrariern.

Und offenbar legt das Kapital auf deren Freundschaft mehr Wert, als auf die der Gewerkschaften, die ohnehin an Kredit bei der Arbeiterklasse viel verloren haben, und im Laufe der weiteren Entwicklung der Teufelskreise — alles verlieren werden.

Man wird sich auf Bajonette stützen müssen!

Eins ist aber festzuhalten! Vor einem Jahrhundert forderten Militär-Aerzte und Musterungskommissionen Arbeiter-Schutzgesetze, weil man in den Industrie-gebieten keine tauglichen Rekruten mehr fand.

Heute leben wir in der Niedergangs-Epoche des Kapitalismus. Die Bourgeoisie weiß, daß ihre Stunden gezählt sind. Sie hat kein Interesse mehr an einer gesunden, kräftigen Arbeiterklasse. Auch die Millionen Arbeitslosen sind in den Augen des Kapitals keine nützliche Reserve-Armee mehr, sondern unnütze Fresser, die unterstützt werden müssen, weil ihr Hunger sonst zur Gefahr für die ganze kapitalistische Ordnung werden kann.

Wie verherrend haben doch Parteien und Gewerkschaften, Reformismus und Führerglaube in der deutschen Arbeiterklasse gewirkt! Ist noch ein besserer Beweis notwendig für die Forderung Spartakus:

Zerschlagt alle Parteien und Gewerkschaften!

Kaltschnäuzigkeit

Daß in Deutschland — wie in allen kapitalistischen Staaten — die Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse wütet: daß — wie der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat von Tag zu Tag schärfer — auch der brutale Klassen-Charakter dieser Justiz immer klarer und deutlicher wird, — all dieses braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

Stimmen muß man aber doch, welchen Gipfel von Heuchelei, Zynismus und Kaltschnäuzigkeit eben diese Justiz erreicht hat! Wir lesen:

Eine Entschließung des Preußischen Richtervereins

Die letzte Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Preußischen Richtervereins hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die wie folgt lautet:

„Die Fälle, in denen Richter und Staatsanwälte von denjenigen Parteien, zu deren Ungunsten ihre Entscheidung ergehen muß, grundlos in ehrenrühriger und beschimpfender Weise angegriffen werden, mehrten sich außerordentlich. Hierdurch wird eine schwere Gefahr für das Ansehen der Rechtspflege geschaffen. Richterschaft und Staatsanwaltschaft halten es daher für dringend erforderlich, gegen derartige Angriffe der Parteien und ähnlich geartete grundlose Angriffe dritter Personen durch die übergeordneten Organe der Justizverwaltung in nachdrücklicher Weise geschützt zu werden.“

Schweig! Proletariat, — wenn jemand unschuldig zum Tode verurteilt wird. Schweigt, wenn meinede Richter „freigesprochen“ werden wegen „Gedanken-hemmung“. — Zweierlei Maß — je nachdem, ob ein faschistischer Moschadant oder ein proletarischer Revolutionär vor den Schranken des Gerichts steht. Denn sonst wird eine schwere Gefahr für das Ansehen der Rechtspflege geschaffen.“

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 18 * 6. Jahrgang
11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlag: Rühnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rühnitz-Hellerau, Händrichstr. 3

Zweite September-Nr. 1931
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Programm des Spartakusbundes

Die wirtschaftlich-politische Entwicklung der Endphase der bürgerlichen Weltordnung mit all ihren furchtbaren Beileiterscheinungen (restlose Verelendung der Massen, vollkommenes Versagen aller anderen proletarischen Organisationen) macht es zum dringenden Bedürfnis, unser Programm um verändert zum Ausdruck zu bringen. Wir kommen hiermit gleichzeitig dem Wunsche vieler außenstehender Proletarier sowie der Anforderung einiger Ortsgruppen des Spartakusbundes nach:

Die Reichs-Preffe-Kommission
Unser Programm zieht die Folgerungen aus der ökonomischen Situation der Bourgeoisie und aus der Situation, in der sich das Weltproletariat und besonders das deutsche Proletariat befindet.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Dieser nicht widerlegte und unwiderlegbare Leitsatz, mit dem das Kommunistische Manifest, die Geburtsurkunde der modernen kommunistischen Arbeiterbewegung beginnt, muß heute eindringlicher denn je der proletarischen Klasse zu Bewußtsein gebracht werden. In der Epoche des sich aufwärts entwickelnden Kapitalismus blieb diese grundlegende marxistische Erkenntnis theoretische Weltrevolution, ist sie Aufbruch zu revolutionärer Tat. Mußte das „Kommunistische Manifest“ noch sagen: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große, feindliche Lager“, so ist diese Spaltung jetzt vollendet. Die beiden Lager, Bourgeoisie und Proletariat, stehen sich zum Entscheidungskampf auf Tod und Leben gegenüber. Der Zeitpunkt, den das „Kommunistische Manifest“ voraussagte, wo die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen, dieser Zeitpunkt ist da. Um eine Klasse unterdrücken zu können, müssen dieser Klasse Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Heute ist die Bourgeoisie unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ Waren Reformismus und Opportunismus schon immer Abkehr, Ausweichen vom Klassenkampf, so bedeuten sie nunmehr den offenen, bewußten Verrat an der Klasse der Ausgebeuteten.

Das Zeitalter der „Sozialreform“ ist endgültig vorbei. Im Zeitalter der Sozialreform konnte der Arbeiter noch wohnen, auf friedlichem Wege, ohne revolutionären Klassenkampf seine Lage verbessern zu können. Der Kapitalismus hatte in seiner Blütezeit diesen Wahl absichtlich genährt und sich den Luxus des Liberalismus gestattet. Liberalismus bedeutet scheinbares Abweichen von den reinen Klasseninteressen. Das Steigern der Bedürfnisse des Proletariats war lebensnotwendig für den Kapitalismus, als er noch eine unbedrohte Herrschaft ausübte. Durch bestimmte bürgerlich-liberale Ideologien beeinflusste er das Proletariat sogar, in reformistischem Sinne für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Mit dem Beginn des Weltkrieges ist das Zeitalter der sozialen Weltrevolution angebrochen.
Die Proletariat, die sich in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund“ zusammengeschlossen haben, betrachten es als den Hauptpunkt ihres Programms, alles zu tun, damit zu Gunsten der historischen Entwicklung geschaffenen objektiven Voraussetzungen für den Sturz der kapitalistischen

Welt und die Einrichtung der kommunistischen Gemeinwirtschaft auch die subjektiven Voraussetzungen geschaffen werden: einer historischen Aufgabe, bewußte Front der revolutionären Klasse des Proletariats.

Zu diesen subjektiven Voraussetzungen rechnet der „Spartakusbund“:
die Erkenntnis, daß alle alten Organisationsformen des Proletariats für die soziale Revolution unbrauchbar sind;
die Erkenntnis, daß es in dieser Untergangsepoche des Kapitalismus keine Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats geben kann; daß das Arbeitslosentum ein politischer und wirtschaftlicher Faktor ist; daß der Bürgerkrieg, den

Rot Front! Heil Kitter!
Es ist dasselbe.
Gehorsam der Massen dem Führer.
Gehorsam dem Wort, ohne Sinn und Begriff.
Wir sagen nichts.
Wir haben nicht Gruß.
Nicht Zeichen, nicht Fahnen.
Wir haben das Wissen,
Den Glauben für uns.
Wir wissen, daß alle Entwicklung Frucht der Verhältnisse.
Wir glauben an die Kraft des Proletariats.
Wir wissen, der Wille kommt von den Vielen.
Die unite.
Wir glauben an das Proletariat,
Nicht an das Führertum.
Wir sagen nichts.
Wir haben nicht Gruß.
Nicht Zeichen, nicht Fahnen.
Wir haben nur eins:
Proletariat und Weltrevolution.

Von Friedrich R. Kaarhaus

die Bourgeoisie mittels Rationalisierung, Fordsystem, Stilllegung der Betriebe usw. gegen das Proletariat führt, eine politisch-wirtschaftliche Aktion ist; daß es sich in der sozialen Revolution nicht darum handelt, nur die politische oder nur die wirtschaftliche Diktatur des Klassengegners zu stürzen und nur die politische oder nur die wirtschaftliche Macht zu erobern, sondern daß die soziale Befreiung ein einheitlicher politisch-wirtschaftlicher Akt ist; daß deshalb schon heute, bei der Frontbildung für die Lösung der Aufgabe, die Zweiteilung der Dualismus: politische Partei und wirtschaftliche Organisation ein Hemmnis darstellt; daß deshalb alle politischen Parteien zu zerstören sind und auch die reinwirtschaftlichen Verbände, mögen sich die letzteren auch parteiendlich gebärden oder unter Vormundschaft und Leitung von nichtparlamentarischen Parteien stehen;

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse nichts von den Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft sich nutzbar machen kann in ihrer Revolution: weder den Staatsapparat, noch die nach bürgerlichem Muster aufgebauten Führerparteien und Führergewerkschaften;

daß sie Staat und Parteien und Gewerkschaften zerschreien und durch die proletarische Waffe der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation ersetzen muß;

die Erkenntnis, daß die Uebernahme der „fertigen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsmaschinerie“ die sichere Niederlage der proletarischen Revolution bringen würde;

die Erkenntnis, daß jede parlamentarische Betätigung innerhalb des kapitalistischen Staates, jeder reinpolitische „Kampf“ (Straßenparaden, Delegationsentsendung in die Parlamente, Werktagenkongresse, welche „Forderungen“ stellen an die kapitalistische Gesellschaft) und jeder reinwirtschaftliche „Kampf“ (Arbeitspolitik, Lohnforderungen, Streik um Almosen, Arbeitslosen-Demonstrationen um Kartoffeln, Kohlen usw.), daß die gesetzlichen Betriebsräte, die gesetzlichen Erwerbslosenausschüsse usw. außerstande sind, die trostlose Lage des Proletariats zu verändern, aber die Klasse von dem einzigen Ausweg weglocken, den die Entwicklung zeigt: den Weg der sozialen Revolution;

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse in ihrer Revolution vor Aufgaben gestellt ist, wie sie schwerer keiner Klasse in früheren Revolutionen gestellt waren;

die Erkenntnis, daß angesichts der Schwere der Aufgaben und angesichts der Tatsache, daß die revolutionäre Avantgarde des Proletariats sich nicht auf Schichten anderer Klassen stützen können, das bürgerliche Führerwesen, die Bevormundungsorganisationen, welche die Eigeninitiative und Verantwortung den Massen abnehmen und Unselbständigkeit im revolutionären Handeln erzeugen, zu verwerfen sind, da nur so die Befreiung der Arbeiterklasse möglich wird, eben als Werk der Arbeiter selbst.

Die im „Spartakusbund“ organisierten Hand- und Kopfarbeiter knüpfen mit ihrem Programm bewußt an die Lehren von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin (es ist selbstverständlich, daß wir den späteren Staatsmann Lenin, den Lenin an die „Kinderkrankheiten“ ablehnen); wir knüpfen an die Lehren der glorreichen russischen Oktoberrevolution, die uns stets mahnendes Beispiel in unserem Kampfe bleiben wird, wir knüpfen an die Lehren des deutschen November 1918.

Die im „Spartakusbund“ vereinten Arbeiter haben aus der Geschichte des Proletariats, die eine Geschichte schwersten Verrats, der Täuschung und des Betruges darstellt, gelernt und sind gewillt, aus den bitteren Erfahrungen für sich und ihre Klassengenossen die Konsequenzen zu ziehen.

Als die deutsche Arbeiterbewegung sich in der Periode ihrer tiefsten Schmach befand, als die Partei- und Gewerkschaftsführer offen zum Klassenfeind übergetreten waren, erstand der „Spartakusbund“ als das Gewissen den in den Erdlöchern des kapitalistischen „Vaterland“ verteidigenden Lohnsklaven.

Der „Spartakusbund“ entlarvte die Schurkenrolle der Partei- und Gewerkschaftsbözen und proklamierte: diese Organisationen müssen zertrümmert, das Proletariat muß aus der Bevormundung durch Führerkränze befreit werden, soll die soziale Revolution siegen.

Nicht eine neue Partei wollte der „Spartakusbund“ werden, die über das Proletariat oder durch das Proletariat zur Herrschaft zu kommen trachtete, sondern die proletarische Klassenorganisation. Die russische Oktoberrevolution hatte die Rätediktatur der Pariser Kommune noch nicht zum Triumph gebracht, als schon Karl Liebknecht in seiner Zuchthauszelle zu Luckau die bisherigen Organisationsformen von Partei und Gewerkschaften als die Quellen der Klassennot und -entfremdung aufdeckte und die Prinzipien für die Organisation entwarf, die den geschiedlichen Ansprüchen allein gerecht werden kann. Karl Liebknechts Forderungen, die in einem von der KPD und der Kommunistischen Internationale bis heute totgeschwiegenen „Politischen Nachlaß“ nachzulesen sind, sind identisch mit der Parole „Alle Macht den Räten“ und mit den Leit-